Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorothenstraße 88. Tel. I, Nr. 9275.
Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Königstr. 25, Tel. I, Nr. 4583.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., für auswärts 30 Pfg. Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 24. **Montag** 15. Januar 1906. **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Eine gestern in Berlin abgehaltene Versammlung von Verbänden und Vertretern aus allen Industrie- und Handelskreisen sprach sich in einer Resolution gegen die einseitige Steuerbelastung von Industrie und Handel aus. (S. bes. Artikel.)

* Nach einer halbamtlichen Erklärung in Pest wird sich die deutsche Regierung mit der Ratifikation des österreichisch-ungarischen Handelsvertrags durch den König und mit seiner Inkraftsetzung im Verordnungswege auch ohne parlamentarische Erledigung in Ungarn begnügen. (S. Ausl.)

* Als Nachfolger des Kultusministers v. Seydewitz soll Kreishauptmann v. Schlieben-Bautzen ausersehen sein, der durch Amtshauptmann Kraushaar-Dresden ersetzt werden dürfte.

* Die vom Posener Kriegsgericht zum Tode verurteilten Soldaten haben Berufung eingelegt.

* Den Großen Preis von Nizza (100 000 Franks) gewann „Dandono".

* Der russisch-japanische Krieg hat den Russen, wie aus dem Bericht des russischen Finanzministers hervorgeht, fast 1678 Millionen Rubel gekostet.

Politische Wochenschau.

Der Reichstag nahm in der vorigen Woche seine Sitzungen wieder auf, um sich sofort mit Eifer an die Beratung der Reichsfinanzreform zu machen, die in der Etatsdebatte vor Weihnachten nur gestreift worden war. Viel Anziehungskraft übten die neuen Steuern auf die Reichsboten nicht gerade aus; der Sitzungssaal zeigte eine gähnende Leere und die Verhandlungen schlichen langsam dahin, wie ein schlätriger Bach, der nächstens im Mühlensande versickern will. Das liegt weniger an dem Gegenstande selbst — denn eine Viertel Milliarde neue Steuern ist kein Pappenstiel — als daran, daß das Schicksal der neuen Vorlagen schon im wesentlichen entschieden ist. Das Zentrum macht auch diesmal die Sache und Frhr. v. Stengel ist klug genug, sich in das Unvermeidliche mit Würde zu fügen. Man streitet sich zwar noch ein wenig über die Höhe der Steuern auf Bier und Tabak, man ist sich auch noch nicht ganz klar, wie viel man von den neuen Stempelsteuern über Bord werfen soll, man hat sich auch noch nicht völlig über die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten geeinigt, aber man weiß auf beiden Seiten, daß die Einigung erfolgt. Ja, Frhr. v. Stengel hat bereits die Zeit zwischen der zweiten und dritten Lesung als den psychologischen Moment bezeichnet, an dem die Verständigung perfekt gemacht werden soll. Gerade, weil diese Lösung vorauszusehen war, strengte sich der Reichstag nicht allzusehr an. Das Zentrum ist nun einmal regierende Partei.

Sonst drang vom Lärm der Welthändel nichts in des Reichstags heilige Hallen. Während selbst im preußischen Abgeordnetenhause der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben nicht ganz an der hohen Politik vorüberging, sondern sehr ernsthaft auf die Tatsache hinwies, daß der politische Himmel nicht ohne Wolken sei, blieben diesmal dem Reichstage die Probleme der auswärtigen Politik fern. Der Reichskanzler ließ sich überhaupt nicht sehen, obgleich man erwartet hatte, daß er das deutsche Weißbuch mit einigen Bemerkungen dem Reichstage überreichen werde. So mußte das Weißbuch für sich selber sprechen. Aber auch der wohlwollendste Beurteiler könnte nicht behaupten, daß es im Reichstage irgend welche Sensation hervorgerufen habe. Brachte es doch eigentlich nichts Neues. Denn, daß Herr Delcassé uns seiner Zeit den englisch-französischen Marokkovertrag nicht mitgeteilt hat, das wußten wir aus den früheren Auseinandersetzungen zur Genüge; und daß Herr Saint René Taillandier nach Fez geschickt worden war, um das französische Protektorat über Marokko vorzubereiten, daran konnte unter ernsthaften Politikern nie auch nur der geringste Zweifel sein, möchte sich Herr Taillandier nun ausdrücklich als Mandatar Europas ausgegeben haben oder nicht. Daß die deutsche Regierung ein volles Recht hatte, ihre Interessen in Marokko zu vertreten, das ist ja vom deutschen Standpunkte selbstverständlich. Aber weshalb sie erst ein kostbares Jahr verstreichen ließ, ehe sie die Initiative ergriff, weshalb sie die Mahner zur Wahrung unserer Rechte in Marokko unwillig abschüttelte, um erst ein Jahr später — fast zu spät! — doch ihren Ratschlägen zu folgen, darüber schweigt die Höflichkeit des Sängers, der dieses Buch kompilierte.

Auch im Auslande mußte man natürlich zugeben, daß unser Standpunkt korrekt sei, aber das hindert nicht, daß er für die Mittelmeermächte sehr unbequem ist. Sie hatten sich schon so hübsch über die Nordküste Afrikas verständigt, und nun kommen wir, etwas verspätet, um auch unsererseits einen Anteil zu fordern. Das läßt uns dann als Störenfried erscheinen. Unsere Diplomatie wird auf der Konferenz in Algeciras keinen leichten Stand haben. Denn mehr oder weniger haben wir alle Mittelmeermächte gegen uns, auch Italien, obgleich es durch die Wahl Visconti Venostas zu seinem Vertreter gezeigt hat, daß es sich bemühen will, an der Ausgleichung der Gegensätze mitzuarbeiten. Noch braucht man auch nicht daran zu verzagen, daß dieser Ausgleich gelingt, da man auch in Paris erkannt hat, daß man die marokkanische Frucht schütteln wollte, ehe sie reif war. Aber im einzelnen werden die Auseinandersetzungen sehr schwierig sein und besonders die Erledigung der Frage, in welcher Weise die marokkanische Polizei organisiert werden soll, wird manchen Schweißtropfen kosten.

An demselben Tage, an dem in Algeciras die Vertreter der Großmächte sich zusammenfinden, soll in Versailles ein neuer Präsident der französischen Republik gewählt werden. Loubet hat seine sieben Jahre recht und schlecht absolviert und sehnt sich nach Ruhe. Um so größere Anstrengungen macht der ehrgeizige Präsident der Kammer, Paul Doumer, um als sein Nachfolger ins Elysée einziehen zu können. Er ist der Kandidat der Klerikalen und Nationalisten, die auf ihn große, wenn auch etwas unbestimmte Hoffnungen setzen, während der republikanische Block auf den Senatspräsidenten Fallières schwört.

In England steht das neue liberale Kabinett vor seiner ersten großen Prüfung. Die Wahlbewegung hat diesmal ungewöhnliche Dimensionen angenommen; seit langer Zeit wieder zum ersten Male prallen im englischen Volke mächtige prinzipielle Gegensätze aufeinander. Campbell-Bannerman hat, was man auch gegen sein taktisches Geschick sagen mag, den freiheitlichen Sinn im englischen Volke zu entzünden verstanden. Gelingt es ihm, eine große liberale Mehrheit zu schaffen, so wird eine Aera der inneren Reformen beginnen, deren auch wir uns freuen können. Nicht als ob uns die englischen Liberalen wohlwollender gegenüberständen als ihre konservativen Gegner, aber weil dann die Aufgaben der inneren Politik das Hauptinteresse absorbieren dürften.

Graf Witte kämpft noch immer um die Wiederaufrichtung der Autorität. Es scheint ihm jetzt wenigstens gelungen zu sein, die leeren Staatskassen vorübergehend durch einen Pump bei französischen Finanzleuten zu füllen, möglicherweise gegen das Versprechen, die französischen Ansprüche in Algeciras zu vertreten. Aber mit der finanziellen Entlastung sind die Schwierigkeiten im Innern noch nicht überwunden. Noch sind einzelne Gebiete im Aufruhr, noch ist Handel und Verkehr vielfach gelähmt. Unterdessen rückt der Jahrestag des „blutigen Sonntags" immer näher, an dem die Leidenschaften des Volkes neu aufflammen werden. An diesem Tage dürfte die Autorität der russischen Regierung vielleicht eine neue schwere Probe zu bestehen haben.

Protestversammlung gegen die neuen Steuervorlagen.

(Von unserem Berliner Bureau.)

ir. **Berlin**, 14. Januar.

Im großen Saale der Germania-Prachtsäle hier traten heute Delegierte einer großen Zahl von Vereinigungen aus Handel und Industrie zusammen, um zu den neuen Reichssteuern, die Industrie, Handel und Gewerbe belasten, Stellung zu nehmen. Unter den einberufenden resp. vertretenen Vereinigungen befanden sich der Bund der Industriellen, der Brauereiverein Leipzig, G. m. b. H., der Verband deutscher Zigarettenfabriken usw. Die Tagesordnung zählte nicht weniger als 5 Referenten auf; was auch deshalb zu viel war, weil einzelne sich bis zum doppelten der erlaubten Redezeit und darüber hinaus zu reden gestatteten.

Als erster Redner sprach Rechtsanwalt Dr. Georg Zöphel-Leipzig als Vertreter des Brauereivereins Leipzig, G. m. b. H., zur Brausteuer. Er hob u. a. den Widerspruch hervor, in dem die geforderte Brausteuererhöhung zu den Grundsätzen der Mittelstands- und Sozialpolitik stände. In der Pfalz und in Württemberg habe eine ähnliche Steuererhöhung auf speziell die kleineren und mittleren Betriebe geradezu vernichtend gewirkt. Mit der Erdrückung der kleineren und mittleren Betriebe bahne sich eine Monopolisierung des Gewerbes an, die aber keine geeignete Basis für eine einträgliche Besteuerung bilde. Die Milderungen, z. B. Stundung der Steuer, Surrogatverbot usw., die man als Entschädigung vorschlug, seien nicht geeignet, die Härte der höheren Steuer auszugleichen. Im Gegensatze zu der Erhöhung der Brausteuer stehe die Liebesgabe an die Branntweinbrennereien.

Darauf sprach der Syndikus des deutschen Tabakvereins, Jos. Schloßmacher aus Frankfurt a. M., der die Tabaksteuer einer sachlichen, aber scharfen Kritik unterzog. Er zerpflückte die Begründung der Regierungsvorlage und betont, daß die angedrohte Steuererhöhung doppelt unannehmbar sei in einer Zeit einer allgemeinen Teuerung wie jetzt.

Carl Greiert, Syndikus des Verbandes deutscher Zigarettenfabriken aus Dresden, sprach dann über die Zigarettensteuer. Er klagte zunächst über die Unkenntnis, die bezüglich der Zigarettenindustrie bestehe. Das sei keine Luxusindustrie, wie man vielfach annehme, vielmehr bestehe ca. 60 Prozent der Produktion dieser Branche auf Zigaretten von 1 Pfg. und darunter. Diese Unkenntnis und gewisse psychologische Motive hätten zu dem Vorschlage betr. die Zigarettenbesteuerung geführt. Redner untersucht dann die Gründe, die für die Vorlage angeführt wurden. Es sei falsch, zu behaupten, daß die Entwickelung der Zigarettenindustrie die der Zigarre geschädigt habe; auch der Tabakanbau hätte darunter nicht gelitten. Sehr bedenklich sei die Stempelung des Zigarettenpapiers. Bei der Zigarettenfabrikation gehe viel Papier verloren. Bisher habe das wenig ausgemacht, aber wenn das Zigarettenpapier zu einem Wertpapier werde, werde das anders werden. Es seien Konflikte zwischen Fabrikanten, Arbeitern und Organisationen zu erwarten; die Fabriken könnten kaum noch Arbeiterinnen anlernen, die Fabrikation von Zigaretten werde auf die vorgeschlagene Weise unter Polizei- und Staatsaufsicht gelangen. Redner schildert sodann die schikanösen Folgen der Kontrolle, die Wirkungen der Steuer auf die Arbeiter und Verbraucher. Das erhoffte finanzielle Resultat werde die Steuer nicht bringen.

Kommerzienrat Hugo Lissauer, der Vorsitzende des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden in Berlin und der Zentralvereinigung preußischer Vereine für Handel und Gewerbe, sprach dann zu den Verkehrssteuern. Er schilderte die Belastung und Monströsitäten, die für den Verkehr aus den neuen Steuern entstehen würden, besonders für den mittleren und kleineren Geschäftsmann. Klebegesetze, so rief er aus, haben wir schon die Hülle und Fülle. Er rügt auch die drakonischen Strafbestimmungen und entwickelt die nach seiner Ansicht geeigneten Steuerquellen.

Der Generalsekretär des Bundes der Industriellen Dr. W. Wendlandt hielt danach das Generalreferat. Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die vom Bunde der Industriellen einberufene Versammlung von Verbänden und Vertretern aus allen Industrie- und Handelskreisen spricht sich für die Aufbringung von Mitteln für die als notwendig anerkannte Reichsfinanzreform zur Verstärkung unserer Wehrkraft aus. Die Versammlung ist jedoch nicht in der Lage, sich mit der Beibehaltung des Systems einseitiger und verkehrshinderlicher Belastungen von Industrie und Handel und sogar einzelner Erwerbsgruppen einverstanden zu erklären. Sie fordert eine großzügige Finanz- und Steuerpolitik, die unter Heranziehung aller leistungsfähigen Bevölkerungsschichten eine dauernde Regelung der Reichsfinanzlage gewährleistet.

Diesen Grundsätzen entspricht in der gegenwärtigen Vorlage lediglich die Reichserbschaftssteuer, deren weiterer Ausbau zu empfehlen ist, namentlich auch in der Richtung, daß die Bevorzugung des land- und forstwirtschaftlichen Besitzes beseitigt wird.

Die Brau-, Tabak- und Zigarettenindustrie dürfen nicht, wie vorgeschlagen, belastet werden, weil dadurch die Entwickelung und das Fortkommen dieser Industrien besonders in den mittleren und kleinen Betrieben gehemmt und zum Teile unterbunden wird und große Arbeitermassen Gefahr laufen, in ihrem Erwerbe geschädigt zu werden.

Desgleichen sind alle vorgeschlagenen Verkehrssteuern, wie Fracht-, Quittungs-, Fahrkarten-, Paket- und Postanweisungssteuern, abzulehnen, weil damit der modernen und natürlichen Entwickelung zur Verbilligung der Verkehrsmittel entgegengearbeitet wird.

Aus der Versammlung wurden folgende Vorschläge gemacht, die wir der Regierung zur Beachtung empfehlen:

1) Die Einführung einer Reichseinkommensteuer.
2) Die Einführung einer Reichsvermögenssteuer.
3) Die Abschaffung von „Liebesgaben".
4) Die Vermeidung und Beseitigung aller unproduktiven Belastungen der Industrie, die ihr, die unverhältnismäßig hohen Beiträge zum Reservefonds der Berufsgenossenschaft, Betriebskapital entziehen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 15. Januar.

* **Zum Gesandtenwechsel in Berlin.** Aus unserem Dresdener Bureau wird uns geschrieben: Die Designation des Grafen Hohenthal zum neuen sächsischen Minister des Innern hat natürlich die Frage nahe gelegt, wer an seiner Stelle die Vertretung Sachsens am preußischen Hofe übernehmen wird. Wenn von manchen Seiten bereits der jetzt als vortragender Rat im Ministerium des Innern arbeitende Geh. Legationsrat Frhr. v. Salza und Lichtenau als Nachfolger Hohentals genannt wird, so eilt diese Meldung mindestens den Tatsachen stark voraus. Von einer definitiven Entschließung des Königs in dieser Hinsicht kann um so weniger die Rede sein, als das Ernennungsdekret für den Grafen Hohenthal noch nicht ausgefertigt ist. Dies geschieht erst, sobald das formelle Abschiedsgesuch des Ministers v. Metzsch, was bis jetzt nicht der Fall ist und es auch erklärt, daß die beiden Regierungsblätter von der Designation des Grafen Hohenthal noch keine Notiz genommen haben. Richtig ist, daß Frhr. von Salza und Lichtenau, der sogar als Kandidat für den Posten des Ministers des Innern genannt wurde, eine sehr schnelle diplomatische Karriere gemacht hat und bei vielen als einer der „kommenden Männer" in Sachsen gilt. Daß sein Name auch von der „Dtsch. Tagesztg.", die mit sächsischen Regierungskreisen in engster Fühlung steht, in Verbindung mit der Designation des Grafen Hohenthal zum Minister genannt wird, das gibt der Kombination wohl eine gewisse Wahrscheinlichkeit, sachlich aber muß man daran festhalten, daß eine Entscheidung noch nicht getroffen ist. Mit wie großer Vorsicht alle jetzt auftauchenden Meldungen über Veränderungen im sächsischen diplomatischen Dienst aufzunehmen sind, geht daraus hervor, daß ein hiesiges Blatt den Generaldirektor der kgl. Theater, Grafen Seebach, als künftigen sächsischen Gesandten in Paris nannte, wo es doch eine sächsische Gesandtschaft in Paris gar nicht gibt!

* **Zusammenschluß der deutschen Industrie.** In die Interessengemeinschaft, die in den letzten Tagen des vergangenen Jahres von dem Zentralverband Deutscher Industrieller und der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen begründet wurde, ist nunmehr, wie von vornherein in Aussicht genommen, auch der Bund der Industriellen eingetreten. Damit hat sich der Zusammenschluß der drei industriellen Organisationen, die sich die Vertretung der Gesamtinteressen der deutschen Industrie zum Zwecke gesetzt haben, vollzogen. Die ernsten Befürchtungen, die sich an die Gestaltung der internationalen Handelsbeziehungen nach dem 1. März 1906 für die deutsche Ausfuhrindustrie knüpfen, wie die starke und aggressive Gegnerschaft, die in Deutschland selbst gegen die gedeihliche Fortentwicklung der Industrie leider besteht, haben die drei Industrieverbände dazu geführt, unter Zurückstellung ihrer verschiedenen Auffassung über Einzelfragen, sich zu gemeinsamer Vertretung und Verteidigung der großen Gesamtinteressen der deutschen Industrie zu vereinigen. Es darf erwartet werden, daß die Erklärungen und Aktionen dieser industriellen Gemeinschaft in der Oeffentlichkeit wie bei den Regierungen und Parlamenten sich diejenige Beachtung erringen werden, die sie nach dem großen Umfange und der hohen Bedeutung der von dieser Vereinigung vertretenen Interessen zu beanspruchen berechtigt sind.

* **Verband sächsischer Industrieller.** Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller hielt am 11. d. M. unter dem Vorsitz des Herrn Fabrikbesitzers Franz Hoffmann in Dresden, seine erste Sitzung im laufenden Geschäftsjahr ab, zu der 23 Vorstandsmitglieder aus den Orten Aue, Chemnitz, Deuben, Dresden, Leipzig, Lützschena, Meißen, Mylau i. V., Nerchau, Plauen i. V., Radebeul, Werdau und Zwickau erschienen waren. Herr Dr. Stresemann erstattete den Geschäftsbericht. Aus demselben ist zu erwähnen, daß im Anschluß an die Generalversammlung und die dabei erfolgte Stellungnahme des Verbandes zur Vertretung der Industrie in der Ersten Ständekammer weitere Versammlungen der Verbandsmitglieder in Plauen i. V., in Werdau, in Waldheim, Hartha und Lengenfeld i. V. stattgefunden haben, welche sämtlich einmütig den von der Generalversammlung angenommenen Standpunkt in dieser Frage billigten. Außerdem haben sämtliche Mitglieder des Gesamtvorstandes und die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe der in der Generalversammlung angenommenen Resolution durch Namensunterschrift ihrerseits zugestimmt. Die Stellung des Verbandes ist in einer ausführlich begründeten Eingabe auch der Ersten Ständekammer übermittelt worden. Außerdem hat der Verband in Verfolg der früher vom Gesamtvorstand gefaßten Beschlüsse Eingaben wegen Abschaffung der Lohnzahlungsbücher für minderjährige Fabrikarbeiter, sowie auf Beschränkung der Gerichtsferien an die zuständigen Stellen gelangen lassen. Dem in einigen sächsischen Bezirken aufgetretenen Wagenmangel ist nach Mitteilung aus Mitgliederkreisen vorläufige Abhilfe geschaffen worden. Ein Rundschreiben betr. die Begründung einer Entschädigungsgesellschaft für Arbeitgeber in Fällen von Arbeitseinstellungen wird in den nächsten Tagen zur Versendung gelangen. Dem Verband sind seit der Generalversammlung 68 Mitgliedsfirmen neu beigetreten. Der Verband nahm ferner Stellung zu den Bestrebungen auf Herstellung freundlicher Beziehungen zwischen England und Deutschland, indem er mit Genugtuung diese Bestrebungen begrüßte, wobei darauf hingewiesen wurde, daß die selbstverständliche Zustimmung des deutschen Volkes zu dem von ihm für notwendig erachteten Ausbau der nationalen Wehrkraft der Ausfluß der anerkannten Weltstellung des Deutschen Reiches sei.

* **Eine Prachtleistung des Berliner „Figaro-Korrespondenten.** Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Erkrankung des Staatssekretärs von Richthofen verleitet den Berliner Mitarbeiter des „Figaro", seinem Blatte handgreiflichsten Schwindel zu telegraphieren. Mr. de Bonnefon, der Berliner Gewährsmann des genannten Blattes, verrät nämlich seinen Gläubigen an der Seine, daß Professor Schiemann der Nachfolger des Staatssekretärs v. Richthofen werden soll; Reichskanzler Fürst Bülow habe deswegen sein Abschiedsgesuch eingereicht! Man sollte es nicht für möglich halten, daß aus der tatsächlich jüngst erfolgten Einladung des Professors Schiemann zur Kaiserlichen Tafel — bekanntlich erhalten zahlreiche Gelehrte derartige Einladungen — von dem Vertreter eines immerhin nicht ganz unbedeutenden Blattes solche Kombinationen abgeleitet werden. Mr. de Bonnefon scheint die Diskreditierung des von ihm vertretenen Blattes als seine Aufgabe zu betrachten. Bonnefon ist derselbe Herr, der im letzten Sommer seinem Blatte die Entdeckung berichtete, in Berlin herrsche wegen der Genickstarre der „Schrecken."

* **Der „Simplizissimus" vor Gericht.** Gegen den Schriftsteller Dr. Ludwig Thoma wurde am Samstabend von früh bis gegen Mitternacht vor dem Schwurgericht in München verhandelt. Die Anklage lautete auf ein Vergehen wider die Sittlichkeit, verübt durch die Presse, und zwar durch ein im Oktober erschienenes Flugblatt des „Simplizissimus" „Fort mit der Liebe!" — Als Verteidiger fungierten Rechtsanwalt Konrad Haußmann-Stuttgart und Justizrat Bernstein-München. Zahlreiche Schriftsteller, die als Sachverständige vernommen wurden, traten für Thomas Absichten ein. Die Geschworenen verneinten infolgedessen die Schuldfrage, und das Urteil lautete auf Freisprechung. Thomas Flugblatt ist jedoch im objektiven Verfahren einzuziehen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Die Krisis in Ungarn und die Handelsverträge.** Der leitende Ausschuß der ungarischen Koalition hat, wie bereits im größten Teile des gestrigen Blattes gemeldet wurde, dagegen Verwahrung eingelegt, daß aus den von einer ungesetzlichen Regierung unberechtigter Weise ins Werk gesetzten Verhandlungen bezüglich des Inkrafttretens von Zoll- und Handelsverträgen die ungarische Nation in irgend welcher Richtung Verpflichtungen entstehen können. Die Mehrheitsparteien wollen demnächst Konferenzen abhalten, um sich dieser Verwahrung anzuschließen. Demgegenüber läßt die Regierung durch das Ungarische Korrespondenz-Büreau erklären, daß die deutsche Regierung mit den Garantien, die die ungarische Regierung derzeit bieten kann, namentlich mit der Ratifikation durch den König, und damit, daß die ungarische Regierung den Beirat für Ungarn, sofern das Parlament denselben nicht rechtzeitig votieren sollte, im Verordnungswege in Kraft treten läßt, sich vollkommen begnüge. Dadurch wird also die allgemein in Ungarn herrschende Annahme, als ob sich der König in einer Zwangslage befände, da die deutsche Regierung angeblich die parlamentarische Erledigung der Verträge